

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riess,
Grenzstr. 24,
Postfach 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riess, des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptkommissars Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsdruckerei
Dresden 1594
Groschlag
Riess Nr. 22

Nr. 70.

Montag, 24. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Werkschriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 55 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgang eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Achtstündige Unterrichtsgebühren. Anzeiger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlagsanstalt — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riess.

Abchluss des 8. Reichsparteitags der Deutschen Volkspartei.

Eine Rede des Reichsfinanzministers. — Weihe des Baffermann-Denkmal.

Freie Bahn zur Verständigung!

Die Quintessenz des Mannheimer Parteitags der DVP.

Als am Sonnabend die Beschlüsse des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei bekannt wurden und durchsickerte, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius schon am Sonntag wieder nach Locarno zurückzufahren sich entschloß, waren die Würfel auf dem Mannheimer Parteitag gefallen. Die Kernentscheidung läßt zwar noch alle Möglichkeiten offen, sie muß jedoch im Zusammenhang der Ereignisse und der deutlich vorliegenden Entwicklungstendenzen als durchaus optimistisch betrachtet werden.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigte in Mannheim die Beschlüsse des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März. Wenn er letztere aufforderte, an ihnen unbeteiligt festzuhalten, so liegt darin für die kommenden Verhandlungen fraglos eine beachtenswerte Rückendeckung. Diese wird noch verstärkt durch den Hinweis auf die „Frage letzter Konsequenzen“, von der gleichfalls in Mannheim die Rede war.

Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entschließung des Zentralvorstandes, die beträchtliche Teile aller Richtungen und Schattierungen, wie sie nun einmal in der Deutschen Volkspartei vorhanden sind, Rechnung tragen mußte, der Reichstagsfraktion der DVP in keiner Hinsicht Bindungen auferlegte, sondern ihr völlig freie Hand zum Abschluss der Finanzverhandlungen mit den übrigen Koalitionsparteien ließ. In Berliner politischen Kreisen wird diese Tatsache für den weiteren Verlauf der Koalitionsverhandlungen als durchaus günstig verurteilt.

In der Entschließung des Zentralvorstandes wird allerdings auf die Beschlüsse des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März hingewiesen. In ihnen wird recht kategorisch ein Steuerentlastungsprogramm für das nächste Haushaltsjahr (1931/32) und die tunlichst umgehende Reform der Arbeitslosenversicherung verlangt. Nun hat das Reichsministerium sich in den letzten Tagen bereits auf die Steuerentlastung im Haushaltsjahr 1931/32 festgelegt. Auch der Abbau der Industrieobligationen ist in dem entsprechenden Gesetzentwurf, der dem Reichstag bereits vorliegt, verankert. Es verbleibt somit das kritische Arbeitslosenversicherungsproblem, über das, wie wir wissen, das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Man wird also weiter verhandeln und sich finden, was die Optimisten in den Wandelhallen des Reichstages schon vor dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei unumwunden ausgesprochen.

Rede des Reichsministers Woltenbauer auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Mannheim. Auf dem Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei hielt Reichsfinanzminister Dr. Woltenbauer, mit großem Beifall begrüßt, eine Ansprache, in der er etwa folgendes ausführte: Finanzminister, die mit Beifall begrüßt werden, haben in der Regel ihren Beruf verfehlt. Sie haben ihn noch mehr verfehlt in der gegenwärtigen harten Zeit. Ich weiß, daß ich mit meinen Sorgen in der Gegenwart dem deutschen Volk außerordentlich viel zuzumute, und daß es mir nicht leicht geworden ist, nachdem mein sozialdemokratischer Vorgänger Steuerentlastungen in ganz erheblichem Umfange zum 1. April 1930 angesetzt hatte, fast besten zum gleichen Termin dem deutschen Volke Steuerentlastungen anzumuten. Wenn ich das getan hätte, so deshalb, weil die Kasinientwicklung des Reiches sich so vollzogen hätte, daß unbedingt das gemacht werden mußte. Es kann auf die Dauer eine unabhängige Außen- und Innenpolitik seitens des Reiches nicht geführt werden, wenn die Finanzen derartig in Unordnung sind, wie sie sich befinden, als ich meine Tätigkeit übernahm. Es ist nicht zu denken, daß ein anderer, der an meiner Stelle käme, wenn er auch nur etwas Verantwortungsgefühl besitzen würde, einen anderen Weg gehen könnte, deshalb kenne ich mich zu meinen großen Aufgaben, die das Reich zu leisten hat.

Ich glaube, daß das Gefühl, das bereits draußen im Ausland vorhanden ist, das Verständnis dafür, daß die deutschen Finanzen in Ordnung kommen, auch zur Herstellung des deutschen Kredites beitragen wird. Ich weiß, daß wir in sehr erheblichem Umfange in den nächsten Monaten ausländisches Geld nach Deutschland hereinbekommen werden. Das setzt voraus, daß der Ausländer das nötige Vertrauen in die deutsche Finanzwirtschaft hat. Das herbeizuführen wird aber nur durch eine neue Impulse geben. Wir sind so kapitalarm, daß wir aus Eigenem nur langsam vorwärts kommen. Wenn wir im Ausland wieder Vertrauen in die deutsche Finanzwirtschaft bekommen, so wird das der gesamten deutschen Wirtschaft in allen ihren Zweigen nützen. Man wird diese Mittel, die hereinfließen, nur dann gut verwenden können, wenn in der Sanierung

der Rasse ein erster Wille hinzukommt, den Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden zu sparen und zu einer Senkung der Steuern zu gelangen. Wir haben den ersten Willen dazu. Was wir im Augenblick schaffen, ist nur die erste Etappe zu der zweiten und wichtigeren, zur Sanierung und Entlastung der deutschen Wirtschaft. Ich glaube an die Lösung dieser Aufgabe. Wir machen zur Zeit eine schwere Vertrauenskrise durch.

Eine Hoffnungslosigkeit liegt auf großen Teilen der deutschen Volksseele, ein großer Teil frömt in die Lager der Radikalen ab. Ich glaube, diese Strömung und diese Hoffnungslosigkeit würden wir am besten überwinden, wenn wir positive Arbeit leisten, die nicht an einem Tage erledigt ist, die jahrelanges Ringen notwendig macht.

Es heißt nun, langsam die Massen davon zu überzeugen und zur Erkenntnis zu bringen, daß, wenn auf manchen Gebieten die Abwege weiter begangen werden, sich dies letzten Endes gegen die Massen selbst kehren muß und in einer riesigen Arbeitslosigkeit ausmünden wird. Dem es ernst ist um das Wohl des Volkes, der wird einreden müssen für eine Wirtschaft und Finanzpolitik, die die Fesseln der Vergangenheit vermeidet und zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber führt. Diese Schwierigkeiten sind nur zu überwinden in nächster Arbeit und tüchtigen Ringen derer, die guten Willens sind.

Ich wende mich gegen den hoffnungslosen Pessimismus, der heute die Leute erfasst hat. Wir haben doch in den letzten zehn Jahren im besten Gebiet Stunden und Monate erlebt, die sorgenvoller waren und hoffnungsloser als die gegenwärtigen. Dank der großen Arbeit Stresemanns sehen wir die Sonne der Freiheit über dem Rhein aufgehen. Wir wollen nicht den Glauben an die Kraft unseres Volkes verlieren, kämpfen wir deshalb gegen Pessimismus und Hoffnungslosigkeit. Wenn wir wollen, haben wir in einem Jahr die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht und in einem Jahr die Senkung der Steuern und Entlastung der Wirtschaft. An uns liegt es, ob wir obliegen oder verzagen.

Das Antworttelegramm des Reichspräsidenten an die Deutsche Volkspartei.

M. Berlin. Auf das Telegramm des Vorstandes der Deutschen Volkspartei, Mannheim, hat der Reichspräsident wie folgt geantwortet:

„Dem Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei danke ich für das freundliche Meinungen. Ich nehme Ihr Gesandnis entlohnender Mitarbeit im Dienste von Volk und Vaterland gern entgegen und wünsche Ihnen, diesem Ziele dienenden Beratungen guten Erfolg.“
ges. von Hindenburg, Reichspräsident.“

Enttüllung des Ernst Baffermann-Denkmal.

Mannheim. Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei fand am Sonntag nachmittag mit der Enttüllung des Ernst Baffermann-Denkmal seinen Abschluss. Die Enttüllung fand in Anwesenheit des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei sowie der weiten Abgeordneten zum Parteitag, ferner der städtischen Verwaltung Mannheims und unter harter Beteiligung der Bevölkerung statt. Auch die Minister Dr. Curtius und Dr. Woltenbauer sowie Frau Julie Baffermann nahmen an dem Weibheit teil.

Die Weiberebe hielt der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, der die Bedeutung Baffermanns eingehend würdigte. Er führte u. a. aus: Vor einem halben Jahre stand die Deutsche Volkspartei in tiefster Erschütterung und hoffnungslosem Schmerz an der Bahre Stresemanns. Und heute vereinigen wir uns hier vor diesem Erinnerungsmal für Ernst Baffermann, den Nachfolger Stresemanns und Vorgänger Stresemanns, der von den Deutschen als Erbe der Tradition und Führerschaft bezeichnet war und der seinerseits beides an Stresemann noch zu seinen Lebzeiten übertrug. So haben wir im Zeitraum der letzten drei Jahre Leben und Sterben, Lebenswert und Persönlichkeit der drei großen Führer der nationalliberalen Deutschen Volkspartei erlebt und nachempfunden. Baffermann hat bewahrt und entschlossen den Grund gelegt zur Entwicklung der Nationalliberalen Partei, zu einer Volkspartei im besten Sinne des Wortes, die alle Stände umfaßt, Arbeiter und Wegbereiter zu jener Volksgemeinschaft, die heute Deutschland und die Welt umfaßt. Wir alle aber grüßen den wahrhaft nationalen, liberalen und sozialen Menschen, der unserer Partei neue Wege und Ziele gewiesen hat. Sein Andenken wird bei uns nicht erlöschen, solange es eine Deutsche Volkspartei gibt.

Nach dem gemeinsamen Beschlusse des Deutschlandliedes übernahm Oberbürgermeister Dr. Seimerich das Denkmal in den Schutz der Stadt Mannheim. Darauf erfolgte die Kranzniederlegung. Dem ersten Kranz legte der Parteiführer Dr. Scholz für die Parteileitung und die Reichstagsfraktion nieder. Dann folgten der Ortsverein Mannheim der Partei, der Landesverband Baden, die Vereinigte Landtagsfraktion, sowie alle Parteioffiziationen im ganzen Reich. Weit ere Kränze legten nieder Industrielle

Werke, in deren Aufsichtsrat Baffermann tätig gewesen war, die händelischen Korporationen, der Ortsverein Mannheim der Deutschen Nationalen Volkspartei, ein Vertreter der Großdeutschen Volkspartei Oesterreichs und schließlich Kommerzienrat Köhling für die Deutsch-Österreichische Volkspartei.

Mit dem Ergebnis des Mannheimer Parteitages der DVP.

beschäftigen sich nur wenige Berliner Blätter. Die „DVP“ stellt fest, daß der Parteitag keine Überraschung gebracht habe, weil er keine Entscheidung getroffen habe. Zwar sei mit härtester Betonung der Beschlüsse vom 2. März wiederholt worden, aber die Deutsche Volkspartei habe trotz aller Erfahrungen die Situation noch nicht für reif genug gehalten, um die gegenwärtige Reichskoalition jetzt schon ihrerseits aufzukündigen. Das Ergebnis des Parteitages lasse sich also vorläufig dahin zusammenfassen, daß die Volkspartei in der beginnenden Woche noch einen letzten Versuch machen wolle, die dringenden Notwendigkeiten des Staates und der Wirtschaft mit der Sozialdemokratie durchzusetzen. Da auch die Reichstagsfraktion, die jetzt die weiteren Entscheidungen zu treffen habe, an die Beschlüsse vom Zentralvorstand und Parteivorstand und an die Willensmeinung des Parteitages gebunden sei, könne man immerhin von einer Art Ultimatum an die heute noch bestehende Koalition sprechen.

Der „Vormärts“ weist darauf hin, daß Dr. Scholz die Notwendigkeit eines bürgerlichen Zusammenschlusses klarer und stärker, als dies je geschehen sei, dem Parteitag zum Bewußtsein gebracht habe, der ihm in allen hauptsächlichsten Fragen einmütig zugestimmt habe. Damit sei eine der wichtigsten innerpolitischen Entscheidungen gefallen, die die Hoffnung erwecke, daß das Bürgertum, anstatt sich unfruchtbar beiseite zu halten, mit leichter Entschlossenheit seinen Ziel zustreben werde.

Der „Vormärts“ legt sich eingehend mit dem Teil der Rede des Parteivorstandes Dr. Scholz aneinander, der sich mit dem Verhältnis der Parteien zum gegenwärtigen Staat beschäftigt. Der „Vormärts“ meint im Gegensatz zu Dr. Scholz, die Sozialdemokratie kenne in Bezug auf die Staatsreform kein Ziel über die demokratische Politik hinaus. Sie könne aber als Staatspartei nicht allein regieren, weil sie nicht die Mehrheit habe, und selbst wenn sie die Mehrheit hätte, könnte sie nicht von heute auf morgen aus der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische machen. Jede Regierung müsse die Wirtschaft pfleglich behandeln; denn nur wenn die Schornsteine rauchen, gebe es Brot. Als grundsätzliche Gegnerin der kapitalistischen Wirtschaft müsse sie doch mit den zunächst gegebenen Tatsachen rechnen. Dadurch bestehe die Möglichkeit der Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokratie trage damit den Notwendigkeiten der Gegenwart Rechnung, ohne ihre großen Zukunftsideale zu verleugnen oder gar preiszugeben. Sie habe in manchem umlernen, in manchem nachgeben müssen und solle sich öfter in der Defensive als in der Offensive. Da die Volkspartei zu diesem Staat stehen will, müsse sie ihm auch die Mittel bewilligen, die er zum Leben brauche. Nach dem Parteitag dürfe man vielleicht hoffen, daß die Finanzreform in gemeinsamer Arbeit mit der Volkspartei gelöst werden könne.

Rundgebung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler.

Mannheim. Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hat eine Rundgebung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

In der Außenpolitik und in der Reparationsfrage ist ein vorläufiger Abschluss erreicht. Nunmehr stehen wir vor großen Entscheidungen der deutschen Innenpolitik, Neuordnung im Staat und Befreiung der Wirtschaft von untragbarer Belastung und besondere durchgreifende Maßnahmen zur Rettung der deutschen Landwirtschaft, sind ebenso ernste wie dringende Aufgaben der nächsten Zukunft. Wir wollen die nationalen Volksträfte um positive Ziele des Reichs- und Staatsreform, der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung auf der Grundlage kritischer und leidenschaftlicher deutscher Kultur und ethischer Arbeitsgemeinschaft aller wirtschaftlichen Stände sammeln. Unser Ziel ist ein großdeutsches Reich, nach außen frei, nach innen unabhängig. Wir richten daher in dieser Stunde einen Appell an die zur Verantwortung bereiten Parteien, aber Gegenüber der Vergangenheit hinwegzukommen, um eine große nationale Partei der Mitte zu ermöglichen. Wir warnen vor weiterer Parteipolitik und richten deshalb auch an die Volkstionale Reichsvereinigungen und ähnliche Gruppen die Aufforderung, in diesem Sinne bereit zu sein, für eine große nationale Staatspartei der Mitte. Wir halten es mit dem Parteiführer Dr. Scholz für die Pflicht und Aufgabe der Deutschen Volkspartei, führend und unermüdet diesen Weg zur Sammlung des Volksbewusstseins in einer großen Partei zu beschreiten.